



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/260 - 7.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 039890

"Deutschland" ist auch die Sowjetzone !	S. 1
EVG und NATO im italienischen Urteil	S. 3
Interzonenpässe	S. 4

" Deutschland "

P.R. In einem Bericht über Erfahrungen und Beobachtungen von Besuchern Westdeutschlands aus der Sowjetzone heißt es: "Erschüttert waren wir" - so sagte eine Ingenieursfrau - "als mein Mann gefragt wurde, ob seine Firma auch nach Deutschland liefere. Nach Deutschland ! Als ob wir Ausländer seien".

Diese Gleichsetzung von Deutschland und der Bundesrepublik ist leider keine Seltenheit, auch kein Zufall. Natürlich rührt sie zum Teil daher, daß jedermann mit dem Wort Deutschland Vorstellungen des westdeutschen, nicht des Lebens in der Sowjetzone verbindet. Aber das ist nicht der eigentliche Grund. Es liegt in dieser Gleichsetzung auch mehr als eine Gedankenlosigkeit, es ist vielmehr die Gewöhnung an einen widernatürlichen Zustand, an die Tatsache des geteilten Deutschland. Die steigende Zahl bewilligter Interzonenpässe kann nur ein schwacher Trost sein. Die Besucher müssen zurück und sie haben im Westen nur allzu oft ein Leben in Selbstzufriedenheit und satter Überheblichkeit angetroffen. Sie kehren zurück mit dem heißen Wunsch, die Zeit der Unfreiheit, der seelischen Bedrängnis und der materiellen Not möge für sie bald zuende gehen, ohne daß sie die Hoffnung haben, es werde so sein. Aber oft ist in ihnen auch das Gefühl der Erbitterung über so manche Äußerungen des Unverständnisses, über Zeichen einer wachsenden Entfremdung oder auch einer peinlich gönnerhaften Herab-

lassung.

Ein international bekannter Journalist, der gegenwärtig in einer großen Tageszeitung mit einem Fortsetzungsbericht über Deutschland beginnt, schreibt:

"Schon die Tatsache, daß einem in seiner Gesamtheit vergleichsweise 'satten' Deutschland der Westzone das 'blasse' Deutschland der verarmten Ostzone benachbart ist, sollte zeigen, wie wenig echte Heilung, wirkliche Wiederherstellung bisher gelang. Dieses 'andere' Deutschland jenseits des sogenannten Eisernen Vorhanges ist eine ständige Quelle der Beunruhigung, des schlechten Gewissens, der Unsicherheit".

Gut - wenn er es so gesehen hat. Anderen Beobachtern fallen Gleichgültigkeit und Herzensverhärtung stärker auf. Päckchen und Briefe gehen gewiß reichlich über die Zonengrenze. Wer aber will sagen, ob sie nicht in vielen Fällen kaum etwas anderes sind als kleine Danksagungen an ein gütiges Schicksal, das den Absender verschont hat, Abschlagzahlungen für die eigene Geborgenheit, begleitet von dem stillen Wunsch, es möge nur nichts eintreten, was diese Geborgenheit gefährden könnte?

Auf die gedankenlose und doch so hintergründige Gleichsetzung des Begriffs Deutschland mit der Bundesrepublik stößt man leider auch im politischen Sprachgebrauch und, was viel bedenklicher ist, Danken. Gewiß, es gibt immer wieder Bekundungen der unlöslichen Verbundenheit und der Treue zur Sowjetzone von höchster Legitimität. Aber auch im politischen Alltag muß man immer wieder feststellen, daß bei der Erörterung politischer Notwendigkeiten oder dessen, was man dafür hält, von "Deutschland" die Rede ist, wo nur die Bundesrepublik gemeint sein kann. Das aber ist ja gerade der Punkt, an dem sich die deutsche Situation so grundlegend von der jeder anderen europäischen Macht des Westens unterscheidet, daß "Deutschland" geographisch nicht allein im Bereich des Westens liegt, wenn sich auch die Bewohner ganz Deutschlands dem Westen und nicht dem Osten zugehörig fühlen.

Man muß sich mit allen Kräften dagegen wehren, dies auch nur für kurze Zeit zu vergessen. Man darf keine Politik treiben, als ob Deutschland in der großen Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen in der gleichen Lage wäre wie etwa Frankreich, Italien oder irgendein anderes Land, das nicht durch jene große Grenze unserer Zeit aufgespalten ist. Man darf es umso weniger, als die Versuchung dazu gerade jetzt nach der letzten unbefriedigenden Note aus Moskau und ihrem Echo im Westen besonders groß ist.

+ + +

EVG in Rom umstritten

j.k.-Rom, 8. November

In einer geselligen Zusammenkunft, die in Rom Anfang November stattfand, erklärten drei Abgeordnete verschiedener Parteien übereinstimmend: "Wenn der Ministerpräsident Fella heute das EVG-Gesetz zur Debatte stellte, würde auch innerhalb seiner eigenen Partei (der demokratisch-christlichen) die Disziplin nicht ausreichen, um es durchzubringen". Gleichzeitig jedoch gaben alle drei zu, daß dem sogenannten "Durchschnittsbürger" bei dem Gedanken, Deutschland könne ohne EVG direkt in die NATO aufgenommen werden, auch nicht sehr wohl sei. Da es aussehe, als stünden nur diese beiden Entwicklungen zur Wahl, gehe es darum, das kleinere Übel zu wählen.

Italien gehört selbst der NATO an. Was den patentierten Patrioten am System der NATO am wenigsten gefällt, ist dabei oft genug ausgesprochen worden: Das starke Übergewicht der USA und Englands, die kommandomäßig auch im Mittelmeer, das Mussolini einst "Unser Meer" nannte, mehr zu sagen haben als Italien, mehr auch als Frankreich. Wer sich jetzt in Italien für die EVG einsetzt - und in ihr das "kleinere Übel" sieht - weist daher darauf hin, daß im Rahmen dieser Organisation das Wort Italiens und die Wachsamkeit Frankreichs wichtigere Faktoren darstellen würden, als im Rahmen der anglo-amerikanisch beherrschten NATO.

Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß die EVG-Fürsprecher meinen, künftige deutsche Expansions- oder Kriegsgelüste würden in einer von Paris und Rom kontrollierten Gemeinschaft automatisch aus der Politik ausgeschaltet werden können, was bei der NATO nicht in gleichem Maße gewährleistet wäre. Auch wäre ein deutsches Übergewicht an Einflußnahme oder Potential innerhalb der EVG nicht zu befürchten, und schon deswegen sei sie das kleinere Übel.

Die Gegner dieser Auffassung sind praktisch in allen Parteien zu finden. Sieht man einmal von der extremen Linken ab, deren Einwände von vornherein klar sind, so argumentiert die Opposition etwa folgendermaßen: Wir gehören, gleichviel ob mit oder ohne Begeisterung, der NATO an, und sind damit, ohne Mitglied der Vereinten Nationen zu

sein, diesen militärisch angegliedert. Jede weitere militärische Bindung bringt uns zwar neue Verpflichtungen, aber keine Vorteile. Wenn man den Deutschen zutraut, daß sie expansions- oder aggressionslustig werden, so verteilt sich das damit verbundene Risiko innerhalb der NATO auf bedeutend mehr Partner als innerhalb der EVG, auch dann, wenn diese als Ganzes mit der NATO verbunden wäre. Lassen wir also, heißt die Schlußfolgerung, die Hände von der EVG.

Eines Tages wird eine Entscheidung notwendig werden, die Parteien werden Stellung beziehen müssen. Wenn dann innerhalb der Parteien dieselben divergierenden Meinungen leben wie heute - immer von den Kommunisten abgesehen - werden die Parteichefs vor außergewöhnlich schweren Aufgaben stehen. Denn wie in Frankreich spielen auch in Italien persönliche Einstellungen, Erfahrungen, Aversionen oder Sympathien bei einer Entscheidung dieser Art eine ganz bedeutende Rolle. Die EVG stellt ein Militärbündnis dar: Der extremen Linken, die immerhin mehr als 30 v.H. der Wähler hinter sich hat, wird es nicht schwer fallen, das Volk zu fragen, ob es denn wirklich sich mit denen verbünden will, gegen die es vor gar nicht langer Zeit Partisanenverbände aufstellte (und es gab bekanntlich nicht nur kommunistische Partisanen!); sie würde, wie sie es in der Vergangenheit mehrfach getan, an den Patriotismus appellieren und daran erinnern, daß es nach wie vor einen Gedenktag gibt, an dem die "Befreiung" von den Deutschen gefeiert wird und einen anderen, an dem der Geiseln gedacht wird, die von der SS in Rom erschossen wurden.

Parlamentarier der Mitte geben unumwunden zu, daß, wer bei einer Diskussion um die EVG diese und verwandte Gefühlsmomente in den Vordergrund spielt, eine Reihe von Trümpfen in der Hand hätte.

+ + +

Den Sowjets den Vorrang gelassen

(sp) Die Sowjets sind den Westalliierten wieder einmal zuvorgekommen, als sie am Freitag alle Vollmachten zur Ausstellung von Interzonenpässen auf die Behörden der "Deutschen Demokratischen Republik" übertrugen. Wenn nicht alles trügt, dann durch Schuld der Bonner Ministerialbürokratie.

Wohlgemerkt, wir sind nicht der Auffassung, daß der Beschluß der Sowjets für die Bevölkerung der Zone sachlich viel ändern wird.

Wer dem Regime mißliebig ist, der wird jetzt eben ein volkspolizeiliches Fjet zur Antwort bekommen und nicht reisen dürfen, und es hat sich auch schon herumgesprochen, daß in der letzten Zeit, trotz der angeblich seit Aufhebung der Reisesperre ausgegebenen 670000 Interzonenpässe es wieder sehr schwer wird, den ostzonalen Segen für einen Verwandtenbesuch im Westen zu erhalten.

Politisch aber haben die Sowjets durch diesen Beschluß einige Punkte auf ihr Konto buchen können, denn die allseits anerkannte These, daß die politische Initiative auf Seiten des Westens liegen soll, ist wieder einmal in der Praxis nicht angewandt worden.

Wir wollen nicht in Einzelheiten den Notenkrieg, der sich in dieser Frage abspielte, wiederholen. Die westlichen Hohen Kommissare waren zunächst zur Abschaffung des Interzonenpasses bereit, wenn die Sowjets ein Gleiches täten. Juristisch ein richtiger Standpunkt, denn diese Propuske wurden schließlich 1945 gemeinsam von den damals noch einigen Alliierten eingeführt. Semjonow hingegen wollte die Aufhebungsformalitäten von vornherein den deutschen Stellen überlassen, ganz gewiß mit dem Hintergedanken, über die Interzonenpässe in ein "Gesamtdeutsches Gespräch" zu kommen. Selbst das aber hätte vermieden werden können, denn beim Interzonenhandel funktioniert es auch, ohne daß Dr. Adenauer in den Ruf kommt, mit Grotewohl zu paktieren.

Die Angelegenheit schien vollends festgefahren zu sein, bis - vermutlich am 16. Oktober - die Sowjets den westlichen Hohen Kommissaren das ankündigten, was sie am 5. November offiziell bekannt gaben, nämlich Übertragung aller Vollmachten der Interzonenpaßausstellung auf die Behörden der Sowjetzone.

Die Westmächte wollten etwa um den 20. Oktober herum das einzig Richtige tun, von sich aus ganz auf die Interzonenpässe verzichten, denn dann hätte man die Sowjets zu weitergehenden Zugeständnissen zwingen können. Aber nein, die politisch mit so viel Fingerspitzengefühl ausgestattete Bonner Ministerialbürokratie schaltete sich ein, mit dem Erfolg, daß die Westmächte von dieser Initiative vorläufig Abstand nahmen.

Wir wissen nicht, welches die Gründe waren, Vermutlich bürokratische Hemmungen und die Agentenangst. Als wenn Agenten nicht mit und ohne Interzonenpässe hinüberkommen können! Jetzt haben, wie schon gesagt, die Sowjets in dieser Partie den Vorteil.

Es wäre gut gewesen, wenn die Bonner Stellen ein wenig über das nachgedacht hätten, was Erich Ollenhauer am 28. Oktober vor dem Bundestage forderte. Er regte an, die Bundesregierung sollte die Hohen Kommissare der drei Westmächte offiziell bitten, in Erwiderung auf die Erklärung des sowjetischen Hohen Kommissars über den Interzonenpaß in aller Form zu erklären, daß die Westmächte bereit sind, auf den Interzonenpaß zu verzichten, wenn die Sowjetbehörden ein Gleiches täten. Die Erledigung der dann noch notwendigen technischen Prozeduren wäre dann Aufgabe der deutschen Behörden. Ollenhauer schlug auch vor, die Vorschriften über die Einholung einer besonderen Aufenthaltserlaubnis für den Westen aufzuheben. Die westlichen Alliierten wollten offensichtlich nach diesen Vorschlägen verfahren. Die Bundesregierung und ihre Bürokratie dünkten sich klüger; sie haben jetzt das Nachsehen.